

FRIDAYS FOR FUTURE

GEMEINSAM GEGEN DIE KLIMAKRISE

// **GEW Duisburg solidarisch mit Schüler*innen** //

#FridaysForFuture unterstützen

// **Die GEW Duisburg begrüßt den engagierten und demokratischen Einsatz der Schüler*innen. Wir unterstützen verantwortungsvolle Schulleiter*innen, die nicht sanktionieren.** //

Auch aus Duisburg kommen Schüler*innen, die freitags ihren Protest gegen die Klimapolitik demokratisch zum Ausdruck bringen. Dass junge Menschen sich Gedanken um ihre Zukunft machen und sich mit fantasievollen Aktionen engagieren, ist für uns Ausdruck von Demokratie. Wir haben Respekt für ihr politisches Engagement. Demokratie braucht aktives Erlernen und praktisches Einüben in Teilhabe. Das Androhen von Sanktionen lehnen wir ab. Die Sichtweise, die Demonstration sei eine Verletzung der Schulpflicht, teilen wir nicht. Eine Eintragung von unentschuldigten Fehlstunden ins Zeugnis halten wir nicht für den richtigen Weg. Schulleiter*innen, die unsere Sicht teilen, unterstützen wir ausdrücklich. Wir begrüßen, wenn Schulleitungen und Lehrkräfte verantwortungsvoll mit den Protestbedürfnissen der Schüler*innen umgehen und mit Projektunterricht, außerschulischem Lernen die Demokratiebildung unterstützen. Wir wenden uns gegen die Abstrafung durch die Landesregierung und fordern dazu auf, die Schüler*innen zu unterstützen.

Wenn junge Menschen demokratische Ausdrucksformen wählen, so ist das ein Weg, soziale Verantwortung wahrzunehmen. Es ist der Bildungsauftrag jeder Schule, dies zu fördern. Als Gewerkschafter*innen wissen wir, dass ein Streik, der nicht wehtut, ohne Erfolg bleibt. Auch die Demonstrationen der Schüler*innen haben Folgen. Sie verlassen in der Schulzeit den Unterricht. Schule als staatliche Institution kann ihrem Bildungsauftrag nicht wie gewohnt nachkommen. Das ist gewollt, um Aufmerksamkeit und Veränderungen herbeizuführen. Das hat auch Folgen: Die Schüler*innen müssen den Lernstoff nachholen. Es ist indessen unverhältnismäßig, wenn Schüler*innen mit unentschuldigten Fehlzeiten auf den Zeugnissen abgestraft werden sollen. Dadurch lernen Schüler*innen nur eins: stillhalten. Demokratie benötigt indessen keine stillen, sondern engagierte und ausdrucksfreudige Schüler*innen, die ihr Engagement auch durch Demonstrationen während der Schulzeit zeigen.

Dass dies durchaus im gesetzlichen Rahmen passieren kann, zeigt die Schulmail vom 13. Februar 2019 vom Ministerium für Schule und Bildung (MSB) zur "Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Streiks und Demonstrationen während der Unterrichtszeit". Sie zeigt, dass es durchaus Handlungsspielraum für eine Unterstützung durch die Schule gibt. Unter anderem findet sich dort die folgende Passage: "Soweit ein geplantes und strukturiertes pädagogisches Konzept vorliegt, der Grundsatz schulischer Neutralität beachtet wird, die Schülerinnen und Schüler von Fachlehrkräften begleitet und betreut werden und die Schulleitung ihr Einverständnis erteilt hat, ist grundsätzlich auch der Besuch einer politischen Veranstaltung ("Demonstration") im Klassen- oder Kursverband im Rahmen des Unterrichts als Unterricht an einem außerschulischen Lernort denkbar."

